Kommentare

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **70 (1990)**

Heft 11

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Realisation der Alptransit

Mit einem ausserordentlichen Einsatz werben unser Verkehrsminister und seine Mitarbeiter für den Bau der Transitlinie durch die Alpen. Die Stimmen im Land mehren sich, die für diese Realisation der NEAT oder Alptransit wie der neue Begriff marketinggemäss lautet, eintreten. Die Botschaft ist nun in der Beratung bei den Kantonen, den Spitzenverbänden und den Parlamentskommissionen und soll erst im März 1991 im Erstrat, dem Nationalrat, diskutiert werden. Obwohl man dem Bundesrat neuerdings allzu forsches Vorgehen vorwirft, ist hier noch das alte Tempo zu beobachten.

In der nachfolgenden kurzen positiven Vorstellung des Projektes sollen Schwachstellen erläutert und Verbesserungen vorgeschlagen werden.

Das Projekt

Um den gewaltigen europäischen Güterverkehr auf der Nord-Süd-Achse bewältigen zu können, bringt die Botschaft eine Transitbahn mit stark erhöhten Geschwindigkeiten, die zugleich das stark überlastete Strassennetz entlasten soll. Die Anzahl Sendungen soll verdreifacht werden, die HUPAC-Züge kurzfristig verdoppelt und nach Eröffnung der Alptransit noch einmal gewaltig gesteigert werden, dies bei gleichzeitiger Verdoppelung aller Zugskapazitäten.

Als Bauherr sieht die Botschaft die Bundesbahnen vor, obwohl zahlreiche Gutachter eine Kombination der Privatwirtschaft mit den Bundesbahnen vorschlugen, oder mindestens für sehr prüfenswert hielten. Private Unternehmer, die Erfahrung in der Zusammenarbeit mit den Bundesbahnen in Sachen Geleisebau haben, sind erstaunt, dass die Botschaft die Wirtschaftlichkeit der Privatindustrie in Frage stellt und die Leistungsfähigkeit der Staatsbahn überhöht darstellt (Ziff. 231.1).

Die Strukturen der Bahn sind durch den Bau der Bahn 2000 mehr als ausgelastet. Es ist darum nicht ohne weiteres einzusehen, wie die Bahn auch noch das vorliegende Projekt durchziehen kann.

Die Anschlüsse zur Alptransit sind nicht nur aus lokalen Eigenheiten, wie dies bisher erschien, sondern vor allem aus verkehrspolitischen Überlegungen wegweisend zu gestalten. Leider liegt der Zürichsee wie eine lange Wasserbarriere vor dem Start der Alptransit in Arth-Goldau. Wir müssen aber die enormen Güterverkehrströme aus Süddeutschland, Bayern und der Nord- und Ostschweiz in die Alptransit integrieren. Anschlusstunnels durch den Walchwilerberg, den Rossberg und den Sattel sind darum einzuplanen.

Finanzierung

Von den drei denkbaren Modellen, private, öffentliche und gemischte private-öffentliche Finanzierung, fällt die reine private Finanzierung wegen des grossen Zeithorizonts, der erst nach

etwa 60 Jahren einsetzenden Renditen und der grossen Risiken des Projektes aus.

Nach gehabtem Muster schlägt die Botschaft die rein öffentliche Finanzierung vor, was aufgrund der neueren Erfahrungen am Furka und im Centovalli nicht überzeugt.

Ein gemischtes privates und öffentliches Modell im Sinne der Projektfinanzierung, in der die Beteiligten partnerschaftlich einbezogen und gleichzeitig die Staatskasse entlastet würden, ist durchaus prüfenswert. Die soeben erschienene St. Galler Dissertation von Herger geht dieser Art der Finanzierung nach.

Die halbstaatlichen französischen Autobahnen, die mit Staatsgarantie ausgestattet zu den von den schweizerischen Banken empfohlenen Triple-AAA-Unternehmen gehören, sind als positive Beispiele zu werten. Wenn das auf Frankreichs halbleeren Autobahnen funktioniert, dann sollte das bei unserem notorisch überlasteten Schienennetz doch auch gehen.

Die projektierten Kosten von 10 Mrd. Franken werden sich wegen der Länge der Bauzeit und dem bereits wesentlichen verzögerten Start verdoppeln oder sogar verdreifachen. Die jährlichen Kosten werden mit nur 500 Mio. Franken veranschlagt, eine Zahl, die viel zu tief angesetzt ist, aber dennoch einen Steuerdruck auslösen wird.

Im Projekt nicht erfasst sind die Anschlüsse bis Arth-Goldau und diejenigen im Süden.

Die finanziellen Belastungen für eine europäische Transitbahn, die dem schweizerischen Verlader praktisch nichts bringt, muss darum mit EG-Augen gesehen werden. Mit allem Respekt vor unserem Finanzminister, der sonst rasch neue Einnahmen für die Staatskasse findet und kontraproduktive Steuern nicht abschaffen will, ist eine begründete Möglichkeit einer EG-Finanzierung am Platz. Brüssel ist an der Lösung des Alpenverkehrs stark interessiert und hat bereits Rauchsignale abgeschossen, die eine EG-Finanzierung in die Diskussion bringen.

Begründete Argumente dagegen sind bisher nicht gehört worden, ausser man betrachte das «Herr-im-Hause»-Prinzip als wertvoll. Im übrigen wurde vor 100 Jahren die Gotthardbahn in einer armen Schweiz sehr wesentlich durch das Königreich Savoyen und Deutschland finanziell gefördert. Nachteile dieser Lösung können vertraglich behandelt werden.

Umlagerungseffekte

Die Umlagerung der Güterströme von der Strasse auf die Schiene ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Projektes. Hier werden die gerechten Forderungen des Umweltschutzes realisiert.

Am Gotthard sind diese Effekte am grössten, weil diese Verbindung seit Jahrhunderten von den Benützern als die geographisch bestgelegene Achse qualifiziert wird.

Erfahrungen mit den Verkehrsbenützern zeigen allerdings, dass die Umlagerungen nicht sehr rasch zu erwarten sind. Dieser Prozess kann durch Tarifmassnahmen beschleunigt werden, Tarife, die allerdings heute schon recht günstig und teilweise leicht subventioniert sind. Wenn das Alptransit-Projekt langfristig eine Rendite erwirtschaften soll, ist nach der Einführungszeit auf die Vollkostenrechnung umzustellen.

Immerhin ist aus heutiger Sicht die Umlagerung des schweren Güterver-

kehrs auf die Schiene eine gute Lösung, die vielleicht auch bei unseren Nachbarn Nachahmung finden könnte. Wir sind ja die einzigen Europäer, die die Strassen mit nur 28 t belasten. Alle anderen Staaten gestatten 38 bis 44 t.

Zur Umlagerung ist verkehrspolitisch allgemein als richtig anerkannt, dass der schwere Güterverkehr grundsätzlich für Distanzen über 500 km auf die Schiene gehört, die Feinverteilung in der Grossregion jedoch auf der Strasse ausgeführt wird.

Diese Umlagerung kann von den EG-Staaten ganz wesentlich beeinflusst werden, da das Projekt dem Transitverkehr dient. Wenn sich Brüssel mit der Alptransit identifiziert und eventuell sogar mitfinanziert, dann sollten ganz wesentliche Impulse auf die Unternehmer ausgehen, ihren transalpinen Schwerverkehr auch auf der Schiene abzuwickeln.

Auswirkungen auf Europa

Im Moment kämpfen wir mit der EG-Forderung eines 40-t-Korridors durch die Schweiz, eine Forderung, die aus rechtlichen Gründen wie hinsichtlich des Umweltschutzes abzulehnen ist.

Zur Realisierung des Projektes sind die verkehrstechnisch wichtigen Verkehrsströme aus Baden-Württemberg, aber auch aus Bayern, sicherzustellen.

Wenn wir Schweizer das Alptransit-Projekt aus der Sicht selbstgefälliger Insulaner von der Plattform des mythologisch überhöhten Nationalbewusstseins, voll von Widerstand gegen Neuerungen und Reformen, betrachten, müssen wir uns nicht wundern, wenn wir von unseren Nachbarn als traditionsbewusste Eigenbrödler mit leicht schrulligem Einschlag betrachtet werden.

Im Moment ist uns der Mut zu grossen unternehmerischen Würfen, die auch einige Risikofaktoren beinhalten, etwas abhanden gekommen. Unsere Gesetzgebungsmaschine läuft zwar auf vollen Touren, aber nicht nur zum Schutz von liberalem Gedankengut, oder tolerantem Handeln, sondern zu oft zur Abschottung gegen widrige Umstände.

Fazit

Vor hundert Jahren verwirklichte Alfred Escher in einer mausearmen Schweiz mit ausländischer Finanzhilfe die Gotthardbahn.

Wenn wir heute in einem der wirtschaftlich stärksten Staaten Europas bereit sind, partikuläre Interessen zu reduzieren,

wenn wir als eisenbahnfreudiges Volk, das auf der Weltrangliste nach Japan an zweiter Stelle rangiert, dem Ausbau einer modernen Transitbahn zustimmen,

wenn wir als Europäer aus wirtschaftlicher Stärke heraus neue Chancen wahrnehmen wollen,

dann treten wir für eine rasche Realisation der Alptransit ein. Mit der stark geförderten Einbindung der Privatwirtschaft in die Projektierung und Realisation und mit einer wesentlichen Unterstützung in konzeptioneller und finanzieller Hinsicht durch die EG sollte das Projekt erfolgreich durchgeführt werden.

Schliesslich bildet die Alptransit einen wesentlichen und positiven Bestandteil des Gesamtpakets unserer EG-Fähigkeit überhaupt.

Charles Spillmann

Brief aus Tokyo:

Das Japan der neunziger Jahre

«Aufstieg zum verletzbaren Giganten»?

In ihrem Ausblick auf die globalen Verhältnisse für die neunziger Jahre hat *«Politik und Wirtschaft»* in der ersten Nummer 1990 das Fenster für Japan mit dem *«Aufstieg zum verletzbaren Giganten»* überschrieben. Nun wäre dieser Titel kaum mehr als normale Aufmerksamkeit wert, wenn er nicht eine grosse Zahl weltweit herrschender Einschätzungen der Inselnation wiedergeben würde, die allgemein die Presse des Jahres 1989 geprägt haben und ein — wohl auch psychologisches — Gegengewicht zur anderen vorherrschenden Presserichtung bilden, die von der Japanangst zum «Japan Bashing» übergeleitet hat.

Es ist erstaunlich, mit welcher Hartnäckigkeit sich die apokalyptischen Sichten über Japan auch in Kreisen halten, die es besser wissen sollten. Man kommt als in Japan ansässiger Beobachter nicht darum herum, eine gewisse Schadenfreude oder zumindest ein Wunschdenken der Verfasser anzunehmen.

> *«Japan kann zwar in Asien durch Handel und Direktinvestitionen Einfluss gewinnen, es kann aber nicht die Integration der asiatischen Länder bewerkstelligen. Deshalb wird Japan auch weiterhin seine Volkswirtschaft mit der der Vereinigten Staaten und Westeuropas durch verstärkte Direktinvestitionen verknüpfen. Aber die Folge werden wahrscheinlich zusätzliche Spannungen sein. In dieser Hinsicht steht Japan in den neunziger Jahren noch manche Prüfung bevor.»*
>
> «Japan Times Weekly» (abgedruckt in «Die ZEIT» 11.5.1990)

Nun, offensichtlich hat auch Japan seine Krisen und Herausforderungen und muss mit ihnen fertig werden. Zu nennen wären verschiedenste Bereiche, ausgehend von den drängenden innenpolitischen Fragen, wie jener der enormen Verteuerung der Grundstückspreise oder der Revision des Erziehungswesens, über grundlegende Problemkreise sozioökonomischer Natur, die sich beispielsweise im Zuge des schnellen Alterns der Bevölkerung ergeben, bis hin zur Problematik von Japans weltweiten Beziehungen und seiner internationalen Stellung und Stellungnahmen.

Eine Einschätzung der Probleme und ihrer Lösungsmöglichkeiten hat primär vom Japaner selbst auszugehen, von seiner Abhängigkeit und Unabhängigkeit innerhalb des gesellschaftlichen Rahmens. Zentral wird dabei die gesamte Fragestellung um Gesellschaftsbezug und Selbstverwirklichung. Die Anforderungen, die sich an Japan stellen, gehen dabei von zwei Seiten aus und sind in sich unvereinbar. Auf der einen Seite sind die Probleme hausgemacht und müssen mit japanischen Wertvorstellungen und eigenen Sichten gelöst werden. Auf der anderen Seite ist das Land auf Grund seines weltweiten Erfolgskurses der letzten dreissig Jahre international immer mehr unter Beschuss geraten. Die an Japan gerichteten Forderungen gehen dabei von westlichem Gedankengut aus. Der

grösste Fehler, der im allgemeinen von ausländischen Analytikern gemacht wird, besteht in der unkritischen Übertragung westlicher Gesellschaftsmuster und Wertvorstellungen auf die Einschätzung Japans und der Japaner. Die grundlegende Fragestellung Japans in den neunziger Jahren betrifft letzten Endes die Abschätzung der Grenzen des Individuums, innerhalb derer es sich in seiner — von Natur her kollektiven — japanischen Umgebung persönlich zu entfalten vermag. Im interntionalen Umfeld käme dann die Frage dazu, wieweit es dem Japaner und Japan gelingt, eigene Wertvorstellungen vermehrt in den Vordergrund zu stellen und gleichzeitig zu ihnen zu stehen.

Nun ist — leider zu Recht — die Gilde der «Japankenner» weltweit in Verruf geraten und zudem in die beiden extremen Schulen der völligen Andersartigkeit Japans einerseits und der summarischen Ablehnung jeglicher Unterschiede andererseits zerfallen. Die kritisch-objektive Sicht, die auf dem Hintergrund der — hoffentlich — vorhandenen Kenntnis westlichen Gesellschaftsverhaltens das östliche Schema abzuleiten und gleichzeitig zu relativieren versteht, hat sich bisher nicht mehr zu etablieren vermocht. Zu stark dominierte politische Schwarz-weiss-Malerei das Bild der Beziehungen Japans mit dem Rest der Welt. Eine kritische Einschätzung des Landes tut not. Die globale Herausforderung, die Japan heute für die Welt darstellt,

«Japan, das Land, das einige der fortgeschrittendsten Produkte erzeugt, hat seit dem Krieg weniger Nobelpreise im Bereich der Wissenschaft errungen als die Schweiz.»

«The Economist» vom 11.8.1990

«Japans Markt für ‹software› ist der zweitgrösste der Welt. Amerikanische Firmen, die in Japan verkaufen, verlangen zwei bis dreimal soviel für ihre Produkte als daheim... Werden sie aus der Geschichte lernen?»

«The Economist» vom 11.8.1990

scheint allerdings emotionsloses Argumentieren nicht mehr zuzulassen. Die Chancen, «verstanden» zu werden, sind für China oder Indien im Augenblick besser als jene für Japan.

Innerjapanische Entwicklungen

Unter dem Einfluss des enormen Reichtums, der sich langsam auch auf die verschiedenen Ebenen staatlicher Administration und auf weite Kreise der Bevölkerung zu verteilen beginnt, haben Wandlungen im japanischen Gesellschaftsverhalten stattgefunden, welche von ausländischen Analytikern oft als Anfang eines Zerfalls eingestuft werden. *«Die Unzufriedenheit der Japaner über ihre eigene Leistungsgesellschaft wird (in den neunziger Jahren) gewaltig zunehmen»* — so *«Politik und Wirtschaft»*. Mit Recht schreibt die Zeitschrift weiter, es werden keine Diskussionen um diese Krisensymptome geführt — sie werden nämlich innerjapanisch gar nicht als solche empfunden!

Das Wachstumspotential des japanischen Binnenmarktes bleibt relativ gross, vor allem was infrastrukturelle Bereiche anbelangt. Die an westlichen materiellen Werten gemessene Lebensqualität ist im Vergleich zu Europa noch erstaunlich tief. Hieraus eine zukünftige Krise ableiten zu wollen, erscheint absurd, ist doch der Japaner

«Ende 1989 verfügten die Japaner über ein Netto-Auslandsvermögen von rund 340 Mrd. US-Dollar, während die USA mit über 600 Mrd. Dollar verschuldet waren. Unter den zehn grössten Banken der Welt befinden sich heute acht japanische. Längst ist Tokio dabei, New York und London als Finanzhauptstädte der Welt hinter sich zu lassen.»

«Aus Politik und Zeitgeschichte», Bonn, 21.9.1990

seit Jahrhunderten an die Behinderung des persönlichen Freiraums durch die ihn umgebende Gesellschaft gewöhnt. Hier liegt eine noch ungenügend genutzte Quelle persönlicher und nationaler Entfaltung.

Offensichtlich konzentrieren sich die Anforderungen, die sowohl aus dem innerjapanischen wie dem internationalen Umfeld an Japan herantreten, gerade in der Politik am deutlichsten. Als Berufsparlament und als Schaltstelle zwischen Administration und Wirtschaft mussten politische Kreise wesentlich früher als andere vom neuen Geldsegen betroffen werden, dessen Dimensionen bisher zwar viele ahnten, die jedoch kaum jemandem bewusst waren. Dies änderte sich schlagartig mit dem Platzen des Parteispendenskandals um die Firma Recruit, welche japanische Gesetzeslücken dokumentierte und vor allem die Grössenordnungen der politischen Gelder offenlegte. Das fehlende Vertrauen der Bevölkerung in ihre Politiker gipfelte im Verlust der Oberhaus-Mehrheit der Liberaldemokratischen Partei nach den Wahlen vom Juli 1989. Auch wenn es der LDP gelungen ist, in den Februarwahlen 1990 eine bedeutende Mehrheit im Unterhaus zu halten, wird sie gezwungen sein, mit der Opposition zusammenzuarbeiten. Das von der Opposition beherrschte Oberhaus kann in der normalen gesetzgeberischen Tätigkeit nur mit einer Zweidrittelsmehrheit im Unterhaus umgangen werden.

Während die innenpolitische Situation somit gewisse strukturelle Mängel der japanischen Führung aufzeigt, dürfen ihre Folgen für Japan als Ganzes nicht überschätzt werden. Das Wahlresultat vom Februar ist dafür ein kleines Indiz. In einer Gesellschaft, die in viele Bezugsgruppen aufgesplittert ist, die wiederum mehr oder weniger unabhängig voneinander funktionieren, ist die Führungsschwäche eines Zentrums nicht von derart ausschlaggebender Bedeutung wie in einem zentraler gelenkten Staatswesen. Dies gilt um so mehr, als die Gruppen in konstantem Wettbewerb stehen und ein Machtvakuum sofort von einer anderen Gruppe ausgefüllt wird. Die Schwäche der politischen Kreise beispielsweise wird von der Administration und der Wirtschaft bis zu einem weiten Grad zur Durchsetzung der eigenen Vorstellungen ausgenützt. Die dezentrale Führung des Landes wird deshalb die Führungsschwäche eines der Zentren relativ problemlos überstehen. Von einer führungslos ins letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts schreitenden Nation kann nicht die Rede sein.

Die aussenpolitischen Forderungen

Pessimistischer dürfte die Interpretation der Aussenbeziehungen Japans ausfallen, da hier westliche Forderungen an das Land herangetragen werden, die mit der japanischen Art oft unvereinbar sind. Der Ausweg, den beispielsweise die amerikanische Administration gegenüber dem Kongress mit der Structural Impediment Initiative (SII)

gewählt hat, muss mittelfristig in eine Sackgasse münden, da er auf eine grundsätzliche Änderung des Gesellschaftsverhaltens der Japaner hinausläuft. Die Weichen der Beziehungen Japans mit dem Rest der Welt bleiben so lange falsch gestellt, als Japans Eigenarten vernachlässigt werden. Auch grösster Druck wird Verhaltensweisen nicht in wenigen Jahren zu ändern vermögen, die sich über Jahrhunderte im gegebenen geographischen und soziopolitischen Rahmen entwickelt haben. Was trotz enorm verbesserten Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten verlangt wird, ist eine genauere Kenntnis des Landes, um eigene Vorstellungen verwirklichen zu können.

Die Möglichkeiten, Japan mit Druck zu überzeugen, gehören der Vergangenheit an. Die pessimistische Sicht über die Aussenbeziehungen Japans basiert im wesentlichen auf der aus verschiedenen Parametern abzuleitenden Annahme, dass die Inselnation ihr politisches und, unter vorderhand eher unwahrscheinlichen Umständen, gar ihr militärisches Potential in den neunziger Jahren weiter ausbauen wird. Hier liegt das Konfliktpotential mit der westlichen Welt, die seit dem 15. Jahrhundert nicht nur Weltgeschichte weitgehend gemacht, sondern auch die Weltkultur weitgehend geprägt hat. Mit Japan und den umliegenden Nationen hat es zum ersten Mal seit fünfhundert Jahren eine Region erreicht, dieses westliche Imperium auch in seinen letzten dominierenden Festen, jenen des zivilisatorischen Kolonialismus, in Frage zu stellen, nachdem der militärisch-politische Rückzug im Ersten Weltkrieg gipfelte und in den Folgen des Zweiten Weltkriegs langsam ausgeklungen ist.

«Seit Anfang Januar geht es mit der japanischen Börse steil bergab. In dieser Zeit fiel der Nikkei-Index von knapp 40 000 auf nur noch wenig mehr als 23 000 Punkte. Selbst ohne grössere und folgenschwerere Auseinandersetzungen im Nahen Osten verheisst die Stimmung an den Börsen in Tokio und Osaka auf einige Zeit hinaus nichts Gutes. (...) Mit der japanischen Wirtschaft, ihren Umsätzen, Investitionen und Gewinnen geht es ungebrochen weiter aufwärts. Vier Prozent reales Wachstum zeichnen sich für das bis zum 31. März laufende Haushaltsjahr 1990/91 ab. Dass die Börse in diesem Jahr so unvermittelt umkippte, lässt sich daher kaum mit dem Wirtschaftsverlauf erklären. Vielmehr — nach Monaten immer neuer Kursrückschläge — wird langsam sichtbar, dass die Aktienkursentwicklung nicht zuletzt auch Ausdruck eines Umdenkens der japanischen Wirtschaft wie auch der privaten Anleger sein dürfte.»

«Frankfurter Allgemeine Zeitung», 25.9.1990

Japans Aufstieg, der von niemandem für die neunziger Jahre bestritten wird, dürfte kaum die Höhe vor dem apokalyptischen Fall darstellen. Gigant ja, verletzbar immer weniger, vor allem, wenn es auch Japan und die Japaner lernen, sich im internationalen Umfeld auf internationale — westliche — Verhaltensmuster zu stützen.

Wichtiger als dieses individuelle Anpassen ist jedoch die Vorbereitung auf eine neue internationale Stellung, die Japan in einem wichtigen Lernprozess innerhalb der Region durchläuft. Die Rolle, die Japan bei den Vorbereitungen zur Asian Pacific Econonomic Conference (APEC) vom November 1989 in Canberra gespielt hat, ist symptomatisch. Im Gegensatz zu gewissen Berichten hat Tokyo dieses Treffen

nicht forciert, sondern ist ihm von Anfang an eher zurückhaltend gegenübergestanden. Vor allem ist in keiner Weise auf die ASEAN-Haltung eingewirkt worden. Erst der positive Entschluss der ASEAN-Staaten selbst, das Treffen in Canberra zu befürworten, hat die hiesige Administration zum Handeln gebracht. Studien zu möglichen Entwicklungsrichtungen der pazifischen Zusammenarbeit haben zwar bereits vorgelegen, waren jedoch ebenfalls von grosser Zurückhaltung gekennzeichnet.

Die Übernahme der westpazifischen Führung durch Japan scheint nur eine Frage der Zeit, besonders, wenn die USA den Pazifik nicht richtig einschätzen, Europa an der bisherigen Politik festhält und Chinas Hände durch innenpolitische Fragen gebunden bleiben. Entwicklungen in diese Richtung haben schon seit mindestens einem Jahrzehnt begonnen. Übersehen wird von westlichen Beobachtern oft, dass hier eine neue Wirtschaftsregion unter japanischer Führung entsteht, die relativ bald über eine beträchtliche Unabhängigkeit innerhalb der restlichen Weltmärkte verfügen dürfte. Wichtig ist auch, dass dieses westpazifische Gebilde das Nord-Süd-Gefälle zu einem guten Teil zum Nutzen aller Mitbeteiligten auszunutzen versteht. Unter diesen Umständen von einem «verletzbaren Giganten» Japan zu sprechen, ist auf Grund verschiedener Indikatoren fraglich. Sollte die Übernahme der Führungsposition der Region durch Japan gelingen — sie bleibt z. T. stark an japanische Marktöffnungen gegenüber diesen Ländern geknüpft —, so wird das Land entscheidend gestärkt dastehen. Die Zeichen weisen dabei, wie die Rolle um die APEC deutlich zeigte, für Japan durchaus in eine positive Richtung.

«Im Zuge der weiteren Deregulierung des japanischen Kapitalmarktes wird erwartet, dass mittelfristig jene Beschränkungen aufgehoben werden, die zur Attraktivität des Schweizer Kapitalmarkts für die Japaner beigetragen haben. Mittelfristig muss also mit einer Rückkehr eines Teils dieses Geschäfts nach Japan gerechnet werden.»

«Der Monat in Finanz und Wirtschaft», Basel, September 1990

Die Frage der Führungsschwäche Japans

Es lohnt sich vielleicht, auf die immer wieder betonte Frage der Führungsschwäche Japans kurz einzugehen. Die gesellschaftlichen Grundlagen der kollektiv veranlagten Inselnation bringen es mit sich, dass die Entscheidungsmechanismen deutlich anderer Art sind als jene in westlichen, individualistisch geprägten Ländern. Im Gegensatz zum Westen wird dabei ein Entschluss in stundenlangen Diskussionen unter den verschiedenen, am Entscheid beteiligten Personen bereinigt. Die Meinungen aller hierarchischen Stufen, vom Sachbearbeiter bis zum Präsidenten der Gesellschaft, fliessen in diesen zeitraubenden Prozess ein. Jeder muss schliesslich zur gefundenen Formel stehen können. Die Durchführung des Entscheids hingegen erfolgt dann sehr viel rascher als im Westen, wo die Überzeugungsarbeit oft erst nach dem Fällen des Beschlusses erfolgt.

Dieser Prozess bringt es mit sich, dass für einen Aussenstehenden einerseits oft zuviel Zeit verfliesst, bis etwas geschieht und andererseits

schlecht ersichtlich ist, wo der Entscheid hierarchisch lokalisiert ist. Der Schluss, es hier mit einem führungslosen Apparat zu tun zu haben, ist schnell gezogen, wird jedoch den Tatsachen nicht gerecht. Gerade die wirtschaftlichen Erfolge der Inselnation in den letzten dreissig Jahren sprechen eine deutliche Sprache und sollten ein klares Warnsignal für derartige Schlussfolgerungen sein.

Es ist zwar richtig, dass die Entscheide oft nicht in logisch nachvollziehbarer Weise getroffen werden. Dies hängt mit den gesamten Denkstrukturen dieser Gesellschaft zusammen. In minutiöser Art werden Tausende von Informationen gesammelt, aus denen sich dann in langen Diskussionen die zu verfolgende Richtung herausschält. Dies erlaubt namentlich, schwächere Entscheidungsträger zu korrigieren und entscheidende Fehler in der Regel zu vermeiden. Gleichzeitig werden aber auch die Chancen für originelle Lösungen oder gar den «grossen Wurf» stark verringert. Man mag dies führungslos nennen — doch die Resultate müssen zur Kenntnis genommen werden.

Innenpolitisch zeigt das Land gewisse Schwächen, die aber nicht überbewertet werden dürfen. Gerade die Zwänge, welche die Regierungspartei zur Zusammenarbeit mit der Opposition drängen, kommen dem japanischen Gesellschaftsempfinden entgegen und sind eine Chance. Binnenwirtschaftlich steht die Nation zudem sehr gut da, mit einem beträchtlichen zukünftigen Potential des Binnenmarktes.

Aussenpolitisch stützt sich die apokalyptische, westliche Sicht auf ein feststellbares Unvermögen Japans, sich in die Weltgemeinschaft einzuordnen.

> *«Nach europäischem oder amerikanischem Denken verhelfen Kapitalmehrheiten zu Macht und Einfluss. In Japan ist das ganz anders. Dort wurden durch die Amerikaner nach dem Krieg die Kapitalmehrheiten beseitigt — und die Gruppen blieben doch zusammen. (...) Die Klammer ist eben nicht die Kapitalbeteiligung, sondern die Loyalität zueinander, der Konsens über die gemeinsamen Ziele. Dass das im unternehmerischen Alltag funktioniert, ist auf den ersten Anhieb fast unverständlich — und es klappt doch.»*
>
> «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 26.9.1990

Nun ist das Unvermögen der Anpassung ein Phänomen, das mindestens auf der Ebene des japanischen Individuums im Ausland zu einem guten Teil behoben werden dürfte. Viel wichtiger ist jedoch die Einsicht, dass Japan — mit ihm die gesamte westpazifische Region — die wirtschaftliche und politische Macht besitzt, eigene Vorstellungen weltweit durchzusetzen und die zivilisatorischen Gegebenheiten der westlichen Welt heute in Frage zu stellen. Nicht zu Unrecht hat das vom (rechtslastigen) Schriftsteller *Ishibashi* und vom Sony Präsidenten Morita verfasste Buch «A Japan that Can Say No» in der Piraten-Übersetzung in Washington derartige Wellen geschlagen. Mit diesen neuen Gegebenheiten werden sich die USA — und wird sich der Westen allgemein — in absehbarer Zukunft und im eigenen Interesse zu befassen haben.

Sollte gleichzeitig Europa der Inselnation Japan als relativ geschlossen und die USA als fragwürdiger Partner erscheinen und sollte auf dem Hintergrund weltweiter Entspannungen Japan für die USA als grösseres Problem dastehen als die UdSSR, so sind

Entwicklungen in unabhängige Richtungen für die Inselnation wohl der einzige Ausweg. Wichtig ist dabei die Erkenntnis, dass dieses Szenarium mindestens so sehr von der Umwelt, wie von Japan selbst abhängt. Jedenfalls ist ein Umschlagen der politischen Spannungen im Nordostpazifik von ideologischen Feindschaften zwischen den USA und der UdSSR im Zuge ihrer Schwächung in stärkere interkulturelle Spannungen zwischen den USA und Japan nicht von vornherein auszuschliessen. Von einem geschwächten Japan der neunziger Jahre kann jedoch in keinem der Szenarien die Rede sein.

Hans Jakob Roth

Auf verlorenem Posten?

Das DDR-Theater und die Theater-DDR

Ich bleib im Lande und nähre mich im Osten
Mit meinen Sprüchen, die mich den Kragen kosten
In anderer Zeit: Noch bin ich auf dem Posten.
Volker Braun

Das Blut ist getrocknet, die Tragödie ist gelaufen . . .
Heiner Müller

Das Stück der Wende wurde in Bayern geschrieben, nicht in Sachsen; uraufgeführt wurde es in München, nicht in Leipzig. Sein Autor, der von den Hütern jedweder Ordnung gern als bayerischer Exot abgetan wird, hat die unwiderlegbare Parole erfunden: *«Du hast keine Chance, aber nutze sie.»* Sein Name beginnt mit A wie Anarchie und seine Einsicht: *«Eine jede Ordnung ist eine Scheinordnung»* ist kein Privateigentum.

Herbert Achternbuschs Revolutionsfarce «Auf verlorenem Posten», eine zutiefst subjektive Chronik der laufenden Ereignisse in der DDR und in Rumänien, macht nicht die Scheinordnung zum Thema, sondern deren Protagonisten, die zugleich ihre Opfer sind. Drei DDR-Bürger jener sanftradikalen Minderheit, die den Gralshütern des realsozialistischen Dogmas den Abschied gab, wechseln in den Westen. Weil es ihnen in der deutschen Bundesrepublik nicht gefällt, ziehen sie südwärts weiter, jenseits der Alpen bleiben sie, des Italienischen nicht kundig, im deutschsprachigen Bozen hängen. In der BRD sehen sie keine Alternative, ihrer früheren Heimat, die sich allzu willig okkupieren lässt, können sie keinen Reiz mehr abgewinnen. *«Glauben Sie nicht, dass unsere Revolution uns nur die Freiheit gebracht hätte, nein, auch die Gefühle. Auf einmal hat man ein Herz und trägt es auf der Haut.»* Und Achternbusch, der Zeitgeistverweigerer, kommentiert den Konsum-Rausch: *«Was Geistloseres als diese Vereinigung kann man sich doch nicht vorstellen.»*

Szenischer Höhepunkt ist die Auffahrt eines Trabi, des knatternden und stinkenden DDR-Symbolmobils, aus

dem 16 Personen steigen und sich auf die Bananen stürzen, mit denen ihr enges Gefährt beworfen wurde. Kopfschüttelnd betrachten sie das Transparent des ausschweifend monologisierenden Schauspielers mit der Forderung: *«Deutschland in den Grenzen von 1245 — Neapel ist unser!»* und zwängen sich wieder in die bewegliche Plastikhülle. Der einsame Mann auf weiter Bühne verleiht seinem maroden Gefühl eine Stimme für Sätze: *«Ein jeder Tag in der DDR war ein verinnerlichter Selbstmordversuch. Das lief unter der Devise, lieber bringe ich mich jeden Tag leise selber um, als dass mich laut knatternde Kettenfahrzeuge laut knirschend zermalmen.»*

Achternbuschs poetisch-politische Passion ist keine die (Schein-)Realität verdoppelnde Dokumentation oder sonst irgendeine konventionell-dramaturgische Antwort auf jene Zeitereignisse, der sie sich verdankt. In wenigen Dezembertagen 1989 geschrieben, angesichts der Fernsehbilder aus Dracula Ceausescus Rumänien, wollte er die tiefe China-Enttäuschung durch die positive DDR-Erhebung kompensieren, eine Hymne auf das Individuum singen. *«Das Glück ist nur in dieser Haut»,* ist der letzte Satz. *«Ich habe es Farce genannt, weil ich dachte, Stück ist übertrieben.»* Eine Aufführung in der DDR ist bislang nicht annonciert.

Das verfehlte Glück, die verratene Utopie: Unter diesem Horizont siedeln zwei DDR-Stücke, nicht zufällig dunkel eingefärbte Komödien, von denen entschieden theatralische Wende-Signale ausgingen, Signale ihrer Unausweichlichkeit, womit sie im Publikum jenes Bewusstsein schärften, das den revolutionären Herbst mit herbeizwingen half. Ihre Autoren sind mit eingreifender Dramatik einschlägig bekanntgeworden, anstössige Figuren wie den Kipper Paul Bauch und die Ingenieurin Tinka, den Revisionisten Lassalle und den unsichereren Kantonisten Ah Q haben sie auf die Szene geschickt und den wechselnden ideologischen Wirbeln ausgesetzt.

«Wir haben die Morgenröte entrollt, um in der Dämmerung zu wohnen.» — Volker Brauns Komödie «Die Übergangsgesellschaft», im Frühjahr 1988 am Maxim Gorki Theater in Berlin uraufgeführt (Regie Thomas Langhoff), spielt Tschechows «Drei Schwestern» mit ihren Hoffnungen und Sehnsüchten, Enttäuschungen und Resignationen, in die realsozialistische DDR-Gegenwart fort, psychologisch eindrücklich und ästhetisch subtil. Am Staatsschauspiel Dresden, in den Jahren vor der Wende das DDR-Glasnost-Theater par excellence, wurde Brauns Frustrations-Endspiel im Herbst 1988 ideologisch entschlüsselt und politisch radikalisiert auf die Bühne gebracht (Regie Irmgard Lange) und so zum ideologischen Affront.

Entpuppten sich Tschechows drei Schwestern mit Anverwandten in der DDR-Hauptstadt noch aus feinen Folien, befreiten sie sich in der sächsischen Residenz aus krudem Packpapier in die konfliktträchtige DDR-Realität. Die Figuren lieferten sich und ihre Malaisen unvermittelter den Zuschauern aus. *«Uns kann nur ein Zufall retten.»* Szenenbeifall. *«Die deutsche Gross- und Kleinschreibung ist staatserhaltend.»* Zustimmung. Wenn die Metapher Moskau fällt: Irritierendes Tuscheln. Der Todeswunsch des Volksliedes «In einem kühlen Grunde», gesungen vom alten Spanienkämpfer, den sein Bruder aus russischem Exil der Gestapo auslieferte, und der aufmüpfigen, gegenwartssüchtigen Schau-

spielerin mit fordernder Inbrunst, hüllt das Parkett in traurige Melancholie.

Allmählich vergeht den Zuschauern der Spass, der Szenenbeifall schwindet, lockeres Lachen schlägt um in verlegenes, klirrendes Kichern. Das Publikum begleitet die Akteure atemlos in eine realsozialistische Passion, Erstaunen steigert sich zum Erschrecken, verlorene Hoffnung fällt in die Erschütterung. Die Konturen der Figuren verschärfen sich, ihre Beziehungen werden schroffer, Brauns bittere Sentenzen treffen wie Keulenschläge. Die Leute erkennen, dass sich da Menschen, nicht bloss Figuren, auf der Szene stellvertretend auf ihre alltägliche Misere einlassen und dabei ehrlicher sein dürfen als sie selbst. Gerade die Radikalität der Inszenierung löste einen Hauch von Hoffnung aus, die entschieden von den Frauen ausgeht. Am Ende gab es keinen Tapetenwechsel, sondern einen Tapetensturz, frische Luft strömt ein in die lastende Atmosphäre *«wie in Moskau im März»*. Der Beifall löst eine Art Erstarrung, lässt emotionales Einverständnis spüren und im Füssescharren den sich bereits formierenden Widerstand. In die Ovation der Dresdner eingeschlossen der Autor und einer, der demonstrativ neben ihm in der ersten Reihe sass: Hans Modrow, damals noch SED-Bezirksparteisekretär, ein Gorbatschow-Adept, später Ministerpräsident des Übergangsregimes.

«Wenn dieser Tisch uns daran hindert, den Gral zu erreichen, sollten wir ihn dann nicht besser zerbrechen.» — Christoph Heins Komödie «Die Ritter der Tafelrunde», im Frühjahr 1989 am Staatsschauspiel in Dresden uraufgeführt, wurde in der DDR zum Seismographen der Stunde. Man hatte in der Elbestadt mit den Proben begonnen, obwohl die kulturministerielle Genehmigung noch nicht vorlag. Die Karfreitags-Premiere im März fiel aus, es kam zu halblegalen Voraufführungen, ehe die Inszenierung von Klaus Dieter Kirst endlich offiziell an die Öffentlichkeit gelangte. Beschämend und skandalös, dass sich der Intendant einem von den örtlichen Behörden angestrengten Disziplinarverfahren ausgesetzt sah, das erst von übergeordneten Funktionären niedergeschlagen werden musste, auch hier hatte Modrow seine Hand im Spiel. Ein Theaterfrühling mit Hagelschauern.

Heins formal strenge, inhaltlich konversationsfreundliche Parabel vom Verlust der Utopie, vom Zerbröckeln der Ideale, spiegelt metaphorisch repressive DDR-Verhältnisse, obwohl die DDR expressis verbis gar nicht vorkommt; die eingetrübte Komödie ist mehr als bloss eine Parodie auf die abgehalfterte Politbüro-Gerontokratie, sie seziert individuelle Beschädigungen, die auch nach dem realsozialistischen Alptraum noch fortwirken. *«Geistigen Schaden tragen immer zwei Generationen davon: die von der Diktatur gebrochene und die von ihr erzogene»*, erkannte der sowjetische Schriftsteller Jurij Slepuchin. Christoph Hein ist «heilfroh, dass ich das Stück vor vier Jahren geschrieben habe, ich hätte heute nicht mehr den Atem, der Gefahr des Journalismus zu entkommen.» Aber es gehört nach Berlin, nachdem es zwischen Altenburg und Stendal an fast einem Dutzend Orten (übrigens auch westwärts in Kassel und Stendal und als Gastspiel zwischen Ludwigsburg und Wien) aufgeführt und zum Stück der DDR-Saison wurde. Es überdauert die Wende. Gerhard Wolfram, Intendant des Dresdner Staatsschauspiels: *«Ein Kurzschluss derart etwa, bisher sei Theater Politik gewesen, nun müsse es*

Kunst werden, lässt Dialektik vermissen. Gerade das Repertoire des Dresdner Staatsschauspiels war in den letzten Jahren deutlich politisch bestimmt, Kunst war es auch.» Solche Strategie verhinderte, Stücke nur aktuell auszubeuten, ihren Anspielungsapparat zu bedienen. Die Zuschauerin einer Aufführung der «Ritter der Tafelrunde» bestätigt die Beobachtungen von der Besichtigung der «Übergangsgesellschaft», wenn sie ihr Gefühl beschreibt, *«so unmittelbar Teil eines einheitlich empfindenden Publikums zu sein: öfter betroffene (bedrohliche) Stille, aber auch befreiendes Lachen, Nachdenklichkeit und viel Szenenbeifall.»*

Die besondere soziale und politische, psychologische und ideologische Wirkung, die davon ausgeht, dass lebendige Menschen für lebendige Menschen auf das Wesentliche konzentrierte Züge des Lebens darstellen, entfaltete sich exemplarisch im DDR-Theater, wo diese Darstellung im Glücksfall aufklärerisch und demonstrativ-befreiend sein konnte. In totalitär und autoritär verfassten Staaten, so hat es Ivan Nagel einmal formuliert, *«sieht man Abend für Abend, wie sich im Theater gemeinsames Bewusstsein konstituiert, wie die Zuschauer erleben, dass sie mit ihren Wünschen und Verletzungen nicht allein sind, wie sie sich dessen versichern, dass es insgeheim noch eine humane Gesellschaft gibt».* Drama und Gesellschaft, Zeitstück und Politik, Theater und Publikum: das alles war miteinander verwirrt und verschworen. Das Theater nicht nur als *«Laboratorium sozialer Phantasie»* (so Heiner Müller, einer Definition Wolfgang Heises folgend), sondern auch als *«Prüffeld für Experimente der Moral und Utopie, die im wirklichen Leben zu riskant wären»* (so Volker Braun). Solches Theater zielte auf die Kommunikationsfähigkeit eines wachen Publikums.

Die Theatermacher sahen ihre Aufgabe darin, Texte nach ihrer Assoziationskraft abzuklopfen. *«Um das Publikum nicht als Masse zu behandeln»,* so der Dresdner Regisseur (Hebbels «Nibelungen», Kleists «Penthesilea») Wolfgang Engel, *«sondern individuell anzusprechen, müssen wir die zweite Sprache eines Textes, eines literarischen Textes zunächst, in seiner Heutigkeit entdecken.»* Das Angebot an den Zuschauer heisst: Auseinandersetzung. Der kommt dann, so Dieter Görne, Nachfolger des Intendanten Wolfram, *«im Dialog mit uns recht schnell vom historischen Handlungsort der Stücke zum historischen Handlungsort DDR».* Das Publikum gelangte zumeist ohne Umschweife zum «historischen Handlungsort DDR», nicht nur bei Volker Braun und Christoph Hein, bei Heiner Müller (dessen Wiederentdeckung des «Lohndrücker» zum Politikum wurde, und der im «Wolokolamsker Chaussee» den 17. Juni 1953 auf die Bühne brachte) und Ulrich Plenzdorf (der aus Aitmatows Prosa dramatischen Gewinn zog), sondern sogar bei Friedrich Schiller. In Schwerin gab es einen «Wilhelm Tell», der zum Wende-Menetekel wurde ohne kabarettistische Aktualisierung, sondern durch kluge Assoziations-Angebote an das Publikum.

Ein Thema für sich blieb die Verweigerung von Öffentlichkeit für szenische Analysen von Gegenwart, wie sie in sowjetischen Stücken von Rosow zu Gelman, von Dworezki und Tendrjakow zu Schatrow vorgenommen wurden und auf der anderen Seite die Unfähigkeit einer bloss auf die Bühne fixierten westlichen Kritik, die jeweilige Aufführung auf die verschiedenen Realitäten

in der DDR zu beziehen, auf die wirklich primäre, aber auch auf die durch die offiziellen Massenmedien verzerrte sekundäre — sie also politisch zu orten. Dieses Defizit liesse sich beispielhaft aufweisen am kritischen Echo aus der Bundesrepublik auf Volker Brauns «Lenins Tod» beim Berliner Ensemble. Für den DDR-Zuschauer, nicht zuletzt den verlegen an der Krawatte nestelnden Genossen mit Parteiabzeichen, fielen die Rede-Duelle auf der Bühne des Brecht-Theaters nicht in erster Linie in die Kompetenz des Theaterkritikers. Da wurde Zeitgeschichte revidiert und da half es westlichen DDR-Beobachtern wenig, auf die Trotzki-Stücke von Hartmut Lange oder Peter Weiss zu verweisen (die natürlich in der DDR unerwünscht geblieben waren). Der Fall Trotzki füllt im Westen Bücherregale, die Details vom Höhenflug des roten Militärspezialisten bis zum schmählichen Mord auf Stalins Geheiss in Mexiko sind sortiert und interpretiert, das Theater hatte da nichts mehr aufzuklären. In der DDR lastete auf ihm jenseits des Braun-Stückes damals noch immer der ideologische Bann — wie auf Bucharin und den anderen.

Die Kompetenz der DDR-Theaterkritik — ein heikles Kapitel. Mehr oder weniger im offiziellen Mediennetz gefangen, hat sie sich eher in die (oft nützliche) Komplizenschaft mit den Theaterleuten begeben, als in die (gewiss notwendigere) mit dem Publikum. *«Auch eine Premiere vor tausend Menschen ist noch ein privates Familienfest»,* hat Georg Hensel einmal konstatiert, *«erst Bericht und Meinung über die Premiere, erst die gedruckte (und gesendete, muss man wohl hinzufügen) Kritik durchbricht den Intimraum des Theatersaals und schafft eine Öffentlichkeit, die nicht nur zum Schauen, die auch zum Nachdenken bereit ist».* Die Kritik scheiterte, ihre Botmässigkeit war notorisch. Sie beschwichtigte und verschwieg Vorgänge der Szene, sie vermittelte gar nicht oder doch nur ängstlich und sträflich unzureichend zwischen Theater und Öffentlichkeit. Bei Hein, zum Beispiel, streute sie ihren Lesern vermeintlich werktreuen Sand in die Augen — als habe der bloss eine weitere historische Artus-Version auf die Bühne gebracht und nicht ein brisantes Gegenwartsdrama.

Das Theater in der DDR hat Spielräume, Freiräume, ja Schutzräume geöffnet (denkt man etwa daran, wieviele Stückeschreiber im Betrieb untertauchen konnten, auch wenn sie ihr Salär als Beleuchter bezogen). Bei allem Verständnis für die Skrupel von Theatermachern, die ihre Arbeit politisch überfordert, an zu hohem Anspruch gemessen sehen, aber auch durch die blosse Ventilfunktion banalisiert — die Existenzberechtigung eines solchen Theaters, seine Notwendigkeit und Nützlichkeit steht ausser Frage. Das Theater spielt diese Rolle unter bestimmten gesellschaftspolitischen Bedingungen folgerichtig und objektiv, sie hängt nicht ab vom subjektiven Ermessen der Macher: sie können Möglichkeiten nur blockieren oder fördern. Das sind beglückende Chancen. Ein Glücksfall für die Gesellschaft, aus der solche Konsequenzen erwachsen, ist es gewiss nicht.

Über DDR-Theater reden, heisst nicht nur über Theater zu handeln. War der Freiraum nicht vielleicht ein geistiges Ghetto, spielte sich das Theater der DDR nicht vielleicht in einem DDR-Vakuum ab? Die gelähmte Kritik war sicher nicht allein dafür verantwortlich, wenn das DDR-Theater in der DDR über weite Phasen nur in sehr einge-

schränktem Masse ein öffentliches, Konflikte (die öffentlich hätten diskutiert werden können) auslösendes Ereignis war.

Die hochsubventionierte, vom Bürgertum überkommene und deren äussere Strukturen bewahrende Institution lieferte — in Berlin zum Beispiel, in Dresden zumal, aber von Fall zu Fall auch andernorts — Produktionen von hoher gesellschaftlicher Bewusstheit ab, die aber vom Zuschauer nur privat angeeignet werden konnten. Das Laboratorium sozialer Phantasie existierte am Rande der real existierenden DDR-Wirklichkeit, dem Risikofaktor Theater wurde jene politisch-kontroverse Öffentlichkeit verweigert, die erst wirklich gesellschaftliche Entwicklungsprozesse in Gang setzt. Diese Einsicht schmälert nicht die Leistungen des DDR-Theaters unter den Bedingungen der angemassten Arbeiter- und Bauernmacht, sie bestimmt nur den (Spiel-)Ort innerhalb der ausgelaufenen Diktatur.

Götterdämmerung, Theaterdämmerung: *«So eine richtige Beerdigung muss schon wirklich gefeiert werden. So schlecht war die DDR nun auch wieder nicht, dass sie nicht eine anständige Beerdigung verdient hätte.»* Koketterie oder Zynismus, Resignation oder Galgenhumor? Heiner Müller jedenfalls äusserte sich so anlässlich seines «Hamlet»-Projektes und dessen mörderischer Länge. Er zelebrierte die Beerdigung, indem er Shakespeare mit seiner fast unspielbaren «Hamletmaschine» kombinierte, eine künstlerische Arbeit, die parallel zur politischen Wende verlief. Erschwerend sei hinzugekommen, *«dass die Aufführung während eines Risses zwischen zwei Gesellschaften passiert»*.

Am bewährten Klassiker also die szenische Demonstration der politisch-sozialen Umwälzung, die in deutschen Köpfen brodelt, Theater also noch immer als Reflex auf gesellschaftliche Verhältnisse, ihre Stagnation und Repression vor der Wende und nun ihre durch revolutionären Aufbruch gewonnene Freiheit? Die Euphorie ist dahin, der Glaube ans Theater schwindet, und die Revolution frisst, wie weiland in Büchners «Dantons Tod» (ein Stück der Saison, aber im Westen . . .) ihre Kinder. *«Die Zeit der Politik ist immer eine andere als die der Kunst.»*

So, ohne Pardon, der Stückeschreiber Heiner Müller, der sich, sardonisch lächelnd, fortwährend selbst widerspricht. Ihm ist das Pfeifkonzert in die Knochen gefahren, als er bei der November-Demonstration, statt zu reden, den Text einer «Initiative für unabhängige Gewerkschaften» verlas, in dem dunkle Zukunftsbilder gemalt wurden. *«Als mir am Fuss der improvisierten Tribüne eine Welle von Hass entgegenschlug, wusste ich, dass ich an Blaubarts verbotene Tür geklopft hatte, die Tür zu dem Zimmer, in dem er seine Opfer aufbewahrt.»* Müller, Deutschlands sprachmächtigster Dramatiker, der sich durch SED-(Reise-)Privilegien vom Volk getrennt sah, hat nun das unmittelbare politische Engagement entdeckt: Er liess sich zum Präsidenten der Akademie der Künste Berlin / DRR wählen.

Es war kein Zufall, dass die bewegende Demonstration am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz von Theaterleuten in Szene gesetzt wurde. Sie ist inzwischen von einer Aura umgeben, der die Chronik der Ereignisse bis zur bundesdeutsch deformierten Volkskammerwahl im März 1990 und danach höhnisch spot-

tet. Es war das Theater gewesen, das Kommunikationsangebote gemacht, zur politischen Debatte provoziert hatte, das Theater war zum Risikofaktor geworden, indem es unfreiwillig, aber zwangsläufig eine Ventilfunktion übernahm, Ersatz für fehlende Medienöffentlichkeit. Auch wenn die Kritik sich eher zu den geknebelten Medien schlug, als den notwendigen Diskurs zu befördern: von der Fiktion zur Realität, aus dem Theater in die Gesellschaft. Die Schauspieler traten nach den Vorstellungen, in Dresden und auch anderswo, aus ihren Rollen und formulierten direkte politische Forderungen im Sinne des neuen Denkens, sie mischten sich ein und gingen auf die Strasse. Als sie in ihre Kulissen zurückkehrten, blieb das Publikum draussen. Es liess sich von den neuen Freiheiten faszinieren und frönte ungewohnter Reiselust bis nach Paris und Venedig.

Man blieb nicht müssig, machte sich zum Medium unterdrückter Stoffe. «Texte zur Lage» nannte das Berliner Deutsche Theater eine Lesereihe «für die Wahrheiten über die Geschichte des Sozialismus in der DDR», rehabilitierte öffentlich (und noch vor der moralisch korrumpierten Justiz) Walter Janka und Gustav Just; das Maxim Gorki Theater stellte Literatur der Perestrojka vor, Solschenizyn und den unbekannten Gorki, las Peter Weiss' «Ästhetik des Widerstands», und in Dresden lernte man Texte zum 17. Juni kennen. Nun kam es endlich auch an mehreren DDR-Theatern zur Premiere von Gaston Salvatores «Stalin», jenem makabren Gipfeltreffen zwischen dem dogmatischen Tyrannen und dem grossen jüdischen Shakespeare-Mimen. Der Nachholbedarf an absurdem Theater wird befriedigt, Berlin jubelt über Ionescos «Kahle Sängerin», von der Schauspielerin Katja Paryla inszeniert.

Der frühere DDR-Regisseur Christian Pöppelreiter überpointiert, wenn er das DDR-Theater gegenwärtig für ebenso desolat hält wie den Noch-DDR-Staat. Er habe den Eindruck, dass die Theater in einer Art Erstarrung verharren, erschrocken, dass Stücke plötzlich sehr alt aussehen, die vor der Oktoberwende noch Furore gemacht hätten, vielleicht verboten waren oder worden wären. So Sewan Latchinians postexpressionistisch steile «Berlin»-Kolportage, die auch Friedo Solter am Deutschen Theater nicht mehr retten konnte. So Jörg-Michael Koerbls «Gorbatschow-Fragment», dessen Assoziationen aus bekannten Zitaten und erlittener Geschichte blühen, eine schöne szenische Frechheit, vom Autor-Schauspieler selbst an der Volksbühne inszeniert. So auch Ulrich Plenzdorfs «Kein Runter, kein Fern», eine intensive Polit-Psycho-Studie mit einem behinderten Rock-Fan als positiven Helden, am Deutschen Theater in Berlin vom Publikum bestürmt. Es sind nicht alle Vorstellungen dünn besetzt, die Theater nicht überall leer, wie das Gerücht es will und wie Berichte aus der Provinz belegen. Auch Braun in Dresden oder Hein in Halle haben ausverkaufte Häuser. Aber das Dilemma ist da. Das Theater hat die Rolle des heimlichen Opponenten ausgespielt.

In der DDR ist jetzt die Aufarbeitung einer Halbjahrhundert-Vergangenheit anhängig, Juristen und Historiker, Politiker und Publizisten sind gefragt, den Psychologen öffnet sich eine unübersehbare gesellschaftliche Praxis. Für die Theaterkunst, so Dieter Görne, *«bringt blosse ‹Abrechnung› als ‹additives› Verfahren gar nichts. Das*

Theater muss ‹Tiefenforschung› betreiben, Ursachen für Entwicklung offenlegen und analysieren, Wahrheit entdekken und (mit allen Konsequenzen!) benennen — und das alles natürlich mit den nur ihm zu Gebote stehenden künstlerischen Mitteln und Methoden. Der Gegenstand solcher Untersuchung sind wir.» Das ist die Absage ans Unverbindliche, an die Degradierung des Theaters zum Spielsaal (Lorca). Und eben immer noch: Theater braucht das Engagement *für* etwas, für eine Utopie, eine Idee, eine Haltung; es hat noch nie genügt, allein einen als kritikwürdig erkannten Zustand zu attackieren. *«Es genügt nicht die einfache Wahrheit»,* heisst es bei Volker Braun, und Görne fügt hinzu: *«Das Theater hat immer zugleich die weit schwierigere Aufgabe, ‹Wahrheit› zu definieren, sie für jeden historischen Moment neu zu entdecken und als zu debattierendes ‹Modell›.»* Folgt man Christoph Hein, der es für ganz ausgeschlossen hält, über die neue Lage schon neue Stücke zu schreiben, dann muss man jetzt in der DDR (oder in der Region, die früher einmal die DDR war) Shakespeare spielen, «König Lear» oder vor allem «Timon von Athen» — das DDR-Stück für 1990.

Die Zahl der bewussten Regimeopfer in einer Diktatur, gar der, die erhobenen Hauptes ins Gefängnis gehen oder sterben, so noch einmal Jurij Slepuchin, sei stets viel niedriger als die derjenigen, *«die auf den Knien überlebten».* Ein gewisses Ferment von Unsittlichkeit trage jeder der Überlebenden, auch wenn er unbefleckt blieb, nicht denunzierte, dem Unvermeidlichen sich nicht sklavisch ergeben habe. Die Tyrannei sei nicht so sehr wegen der physischen Vernichtung der Ungehorsamen schrecklich, *«als vielmehr wegen der moralischen Verkommenheit der Unterworfenen».* Da wachsen dem Theater als moralischer Anstalt übermenschliche Aufgaben zu, auch wenn das konsumberauschte, informationshungrige Publikum sich den Theatertempeln noch verweigert. Es hat keine Chance, aber es muss sie nützen — das Theater und das Publikum. Auf dem Programm steht das Training für eine Lebensart, die man in der DDR schon durchexerziert hat: Auf verlorenem Posten zu existieren. Nun aber in Freiheit.

Heinz Klunker

«Immer noch rasiert Woyzeck seinen Hauptmann, isst die verordneten Erbsen, quält mit der Dumpfheit seiner Liebe seine Marie, staatgeworden seine Bevölkerung, umstellt von Gespenstern: Der Jäger Runge ist sein blutiger Bruder, proletarisches Werkzeug der Mörder von Rosa Luxemburg; sein Gefängnis heisst Stalingrad, wo die Ermordete ihm in der Maske der Krimhild entgegentritt; ihr Denkmal steht auf dem Mamaihügel, ihr deutsches Monument, die Mauer, in Berlin, der Panzerzug der Revolution, zu Politik geronnen.»

Heiner Müller: Die Wunde Woyzeck
in: «Sinn und Form», Juli / August 1986